



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62
Internet: www.rlp-brh.de

55118 Mainz
E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 4/2017

April

Europäische Union wird 60 Jahre Landtagswahl im Saarland Abgeordnetendiäten in Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

eine rauschende Geburtstagsfeier war es nicht in Rom als Europa den 60. Jahrestag der römischen Verträge feierte. Es lag eher eine melancholische Stimmung über der Versammlung der Staats- und Regierungschefs, die zum Jubiläum ohne die britische Regierungschefin May ange-reist waren. Sie wollte in der folgenden Woche der Union die Austrittserklärung des Britischen Empire vorlegen. Ob der Empfang bei Papst Franziskus die Stimmung verbessert hat, wurde in den Medien nicht bekannt gegeben.

Aber aus der gesamten Berichterstattung waren mehr ängstliche Befürchtungen herauszulesen als grenzenlose Begeisterung. Beifall kam lediglich auf, als die polnische Regierungschefin Beata Szydlo die Abschlusserklärung unterzeichnete.

Als Ergebnis kann man feststellen, dass Europa dringend neue Instrumente der Solidarität braucht, denn das soziale Gefälle in den Ländern birgt große Sprengkraft.

Weiterhin müssen die innere und äußere Sicherheit stärker Eckpunkte der europäischen Politik werden. Als Beispiel könnte hierzu das „Schengener Abkommen“, dienen, das 1985 von sechs Staaten vereinbart wurde. Heute gehören dem Abkommen 26 Staaten an, zu denen auch Nicht-EU-Länder wie die Schweiz zählen.

Es kann aber nicht sein, dass solche Abkommen, wie in der Flüchtlingskrise geschehen, einseitig außer Kraft gesetzt werden.

Die Wahl im Saarland, dem kleinsten Bundesland, wurde als erster Test für das Superwahljahr 2017 angesehen. Nach den Ergebnissen war folgendes festzustellen:

Die CDU lag deutlich vor der SPD, die Linke um Oskar Lafontaine wurde drittstärkste Kraft, die AfD kam mit einem mäßigen Ergebnis in den Landtag, Grüne und Piraten waren draußen, und die FDP schaffte es wieder einmal nicht, in einen Landtag einzuziehen. Die CDU Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer konnte dank ihrer Beliebtheit und ihrem Amtsbonus einen großen Erfolg einfahren. Etwas sonderbar wirkte nach der Wahl die Aussage der CDU Bundespartei; die CDU habe den großen Erfolg im Saarland nur deshalb erstritten, weil Kramp-Karrenbauer in ihrem Regierungsstil der Bundeskanzlerin sehr ähnlich sei.

Diese Auffassung kann sich nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig- Holstein schnell ändern. Denn der Schulz-Effekt könnte in diesen Ländern wesentlich stärker ziehen als im Saarland.

Auch das Ergebnis der „Linken“ wird bei diesen Wahlen anders aussehen, ist doch der Erfolg dieser Partei in erster Linie dem populären Oskar Lafontaine zuzuschreiben. Trotzdem wurde das Wahlziel, eine „rot-roten Regierung“ mit der SPD zu bilden, nicht erreicht.

Die kleinen Parteien wurden bei dieser Wahl völlig aufgerieben. Die „Piraten“ wollte niemand mehr haben. Den Wiedereinzug in das Parlament haben auch die Freien Demokraten verpasst, nach 2012 reichte es auch 2017 nicht. Nach meiner Auffassung zeigt diese Wahl, dass die Bürger die kleinen Parteien nicht vermissen. Das gilt in diesem Fall auch für die „Grünen“, denen es nicht gelungen ist ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Dazu dürfte auch das Wahlprogramm der „Grünen“ erheblich beigetragen haben.

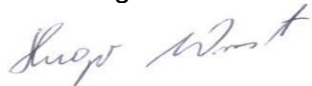
In Rheinland-Pfalz werden die Diäten der Landtagsabgeordneten bis 2020 um mehr als 17 Prozent erhöht. Das beschloss der Landtag mit großer Mehrheit. Zur Begründung hieß es, ein Rückstand müsse aufgeholt werden.

Die Ampel-Fraktionen SPD, FDP und Grüne stimmten am Freitag im Landtag gemeinsam mit der CDU-Opposition für eine Erhöhung von derzeit monatlich rund 5.800 Euro auf mehr als 6.800 Euro im Jahr 2020 - das entspricht einem Plus von 17,5 Prozent. Die AfD stimmte gegen die Erhöhung.

An eine solche Einigkeit der Fraktionen kann sich keiner der parlamentarischen Geschäftsführer von SPD und CDU erinnern. "Das ist Premiere", sagt Martin Brandl von der CDU. Die Frage, warum das plötzlich möglich sei, wenn es um das eigene Geld geht, habe er erwartet. "Das Parlament ist dazu angehalten, die Abgeordnetenentschädigungen zu regeln, das heißt, wir müssen uns zusammensetzen und haben das auch getan." Scharfe Kritik hierzu kam neben dem Bund der Steuerzahler u. a. vom Deutschen Beamtenbund Rheinland-Pfalz (siehe hierzu auch den Beitrag Abgeordnetenbezüge und Fraktionsgelder).

Einen riesengroßen Lapsus haben sich die Medien - größtenteils unbemerkt von der Öffentlichkeit - am 17. Januar geleistet. Noch vor dem Verlesen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts durch den Präsidenten verbreiteten mehrere Medien Eilmeldungen, dass die rechtsextreme NPD verboten sei. So meldeten Spiegel Online, das Erste, Phönix, Zeit online, die Frankfurter Rundschau und die Neue Zürcher Zeitung das NPD Verbot. Kurze Zeit Später folgten Korrekturen, dass nicht verboten wurde und Entschuldigungen der Redaktionen bei den Lesern. Hier scheint es den „Presseheinis“ nur um die Geschwindigkeit gegangen zu sein, als um die seriöse Berichterstattung. Wenn die Grundsätze des Journalismus so mit Füßen getreten werden, ist es kein Wunder, wenn in gewissen Kreisen von der „Lügenpresse“ gesprochen wird.

Mit kollegialen Grüßen



Vorsitzender